



## KANTONS RATSPROTOKOLL

Sitzung vom 31. Januar 2023  
Kantonsratspräsident Born Rolf

### **P 744 Postulat Schuler Josef und Mit. über Politikkohärenz und Transparenz im Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement**

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung wegen Erfüllung.  
Josef Schuler hält an seinem Postulat fest.

Josef Schuler: In der Stellungnahme der Regierung wird erklärt, dass die Departementsvorsteherin oder der Departementsvorsteher für eine zweckmässige Organisation verantwortlich ist. Es ist richtig, dass mehrere Departemente und die Personen, die dort arbeiten, vom Umzug betroffen sind. Die Frage, ob die Organisationseinheiten und Dienststellen optimal arbeiten können, ist zentral. Die Überprüfung, ob diese Zusammenarbeit über die Dienststellen hinweg funktioniert, ist richtig und soll permanent gemacht werden. Ich sehe bei der Dienststelle Umwelt und Energie (Uwe) einen konkreten Handlungsbedarf. Meines Erachtens würde die Uwe wahrscheinlich besser ins Gesundheits- und Sozialdepartement (GSD) passen, damit sie unabhängiger agieren könnte. Heute wird die Uwe in Landwirtschaftsthemen zu stark beeinflusst. Wir haben Verzögerungen, wenn es um die Umsetzung der anstehenden Umweltbelastungen in der Landwirtschaft geht, dies bei den Ammoniakbelastungen mit der Einführung der Absenkung- und der Schleppschlauchverordnung. Auch beim Schutz der Seen vor übermässigen Einträgen mit Stickstoff und Phosphor kann die Uwe nicht selbstbestimmt auftreten. Umweltthemen sind Gesundheitsthemen und sollen nicht den Bestrebungen nach Gewinn und Wirtschaftlichkeit der Landwirtschaft geopfert werden. Wir erwarten von der Uwe klarere Positionen in Umweltthemen, denn diese sind zunehmend wichtig. Die Regierung beantragt Ablehnung wegen Erfüllung, erklärt aber, dass die Überprüfung der Prozesse und Strukturen laufend gemacht würde. Wenn dem so ist, müsste sich die Regierung nicht scheuen, das Postulat teilweise erheblich zu erklären.

Urs Brücker: Der Postulant verlangt die Prüfung einer Reorganisation der Dienststellen des Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartementes (BUWD). Dabei sollen Aufgaben, Abläufe und Verantwortlichkeiten dieser Dienststellen auf ihre Zweckdienlichkeit durchleuchtet werden. Zielkonflikte sollen abgeschafft oder reduziert und Politikkohärenz und Transparenz geschaffen werden, damit die Umsetzung der gesetzlichen Aufträge gestärkt wird. Gemäss Regierung rennt der Postulant offene Türen ein. Der Stellungnahme des Regierungsrates ist zu entnehmen, dass sich das BUWD einer extern begleiteten Organisationsanalyse unterzogen hat. Dabei wurden Aufgaben, Abläufe und Verantwortlichkeiten durchleuchtet, Handlungsfelder und Schnittstellenprobleme identifiziert und entsprechende Optimierungsmassnahmen umgesetzt, oder sie werden noch umgesetzt. Im Wesentlichen begründet der Postulant die Forderung der SP-Fraktion damit, dass ökologische Anliegen auf allen Ebenen zu kurz gekommen sind. Was er aber anspricht, sind inhaltliche Zielkonflikte. Diese gründen aber nie und nimmer auf der Organisation des BUWD, sondern

auf den stetig steigenden und diametral auseinanderlaufenden Forderungen unseres Rates und der Politik des Kantons insgesamt. Das hat nichts mit einer schlechten Ablauforganisation zu tun. Die GLP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Michael Kurmann: Wir haben ein gewisses Verständnis für die Forderungen des Postulanten. Guido Roos hat diesbezüglich ein Postulat im Bereich Wasserversorgung eingereicht. Wir finden aber, dass man den Weg würdigen soll, den das BUWD die letzten zwei Jahre beschritten hat. Wir begleiten diesen Weg weiterhin kritisch und beobachten, ob die gefassten Vorsätze ihre Wirkung auch entfalten. Die Mitte-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Angela Lüthold: Meine Vorredner haben schon vieles gesagt und erklärt. Die Forderungen des Postulats tönen schön. Tatsache ist jedoch, dass bei einem Projekt zwischen den Stellen viele Absprachen nötig sind, fachübergreifende Diskussionen lanciert werden und zum Schluss viel Zeit für die Entscheidungsfindung benötigt wird. Eine gute Unternehmenskultur heisst für mich eine effiziente Abwicklung mit möglichst wenig Papier. Abschliessend begrüsst die SVP-Fraktion, dass durch die Analysen und Bearbeitungsprozesse Doppelspurigkeiten vermindert, die Zusammenarbeit gestärkt und gemeinsam Projekte umgesetzt werden. Projektaufträge und Baubewilligungen können somit effizient abgehandelt werden. Der Dienst am Kunden wird mit der Unternehmenskultur hochgehalten. In Anbetracht dessen, dass eine erneute Überprüfung viele Ressourcen, Geld und Bürokratie verschlingt und der Regierungsrat die Notwendigkeit bereits erkannt und gehandelt hat, lehnt die SVP-Fraktion das Postulat ab.

Korintha Bärtsch: Zugegebenermassen ist die Forderung des Postulats sehr übergeordnet formuliert, und es kann sehr viel hineininterpretiert werden. Ich muss dem Postulanten recht geben. Auch die G/JG-Fraktion war schon erstaunt über die Entscheidung oder die Zusammenarbeit des Superdepartementes BUWD, das die Transparenz doch etwas vermissen lässt. Ein aktuelles Beispiel ist die Umfahrung Beromünster. Aus den letzten 15 Jahren gibt es noch unzählige weitere Beispiele, die wir aufzählen könnten. Die von Angela Lüthold zitierte Effizienz ist nicht alles. Aus unserer Sicht ist Transparenz alles. Die Zielkonflikte zwischen Schutz- und Nutzinteressen werden in unserem Kanton leider nicht alle transparent ausgetragen. Wir haben den Vorschlag von sieben statt fünf Departementen gemacht. Ich finde es nämlich eine schlechte Idee, die Uwe beim GSD anzusiedeln. Aber ich glaube es wäre richtig, das Superdepartement BUWD auseinanderzunehmen und diese Zielkonflikte sauber aufzuzeigen und auszutarieren sowie transparent zu machen. Die G/JG-Fraktion stimmt dem Postulat zu, weil es aus unserer Sicht nicht erfüllt ist.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Ich freue mich natürlich sehr, dass ich ein Superdepartement habe. Ich gebe das gerne auch an meine Mitarbeitenden weiter. Als Departementvorsteher dieses Superdepartementes gehe ich mit dem Postulanten darin einig, dass unser Departement eine Vielzahl an Schnittstellen zwischen den verschiedenen Dienststellen hat. Diesbezüglich schliesse ich mich gerne dem Votum von Angela Lüthold an. Mir ist es ein Anliegen, dass wir effizient arbeiten und über gute Abläufe verfügen. Das bedingt eben eine gute Zusammenarbeit, weil viele Schnittstellen vorhanden sind, insbesondere im Baubewilligungswesen, wo auch immer eine Vielzahl von Interessenabwägungen erforderlich ist. Dem Postulat selber konnte ich nicht entnehmen, dass auch eine Auslagerung ins GSD im Raum steht. Die Schnittstellen zu den anderen Dienststellen und den anderen kantonalen und ausserkantonalen Stellen müssen immer wieder analysiert werden. Deshalb habe ich in den letzten drei Jahren diese Organisationsentwicklung und -überprüfung machen lassen. Diese ist teilweise abgeschlossen, einige Massnahmen daraus befinden sich noch in der Umsetzung. Das Ziel ist schlussendlich immer, unseren Auftrag effizient und zur Zufriedenheit der Kunden abzuschliessen. Parallel dazu habe ich einen Kulturprozess gestartet, denn Zusammenarbeit kann man nicht einfach verordnen, sondern sie muss auch gelebt werden. Dazu habe ich das Unternehmenskulturprojekt «Gemeinsam erfolgreich» gestartet. Alle meine Mitarbeitenden verfügen über ein solches Symbol. Es geht darum, dass wir dieses Motto im BUWD leben und die Zusammenarbeit entsprechend so erfolgt, dass das Miteinander im Vordergrund steht im Bewusstsein, dass bei

Interessenabwägungen die Interessen abgewogen werden müssen und man am Schluss einen Entscheid fällen muss. Dazu gibt es auch viele Vorgaben Ihres Rates, die wir einhalten müssen. Der bevorstehende Umzug ins kantonale Verwaltungsgebäude am Seetalplatz (KVSE) begünstigt die Zusammenarbeiten zusätzlich. So können einfacher direkte Gespräche stattfinden, vielleicht sogar in einer Pause. Das trägt auch zum gemeinsamen Verständnis bei. Wie wir heute gehört haben, braucht es auch bei der Diskussion über die Agrarpolitik einen gemeinsamen Weg. In diesem Sinn sind die im Postulat angeregten Optimierungsprozesse bereits angestossen und teilweise sogar abgeschlossen. Deshalb beantragen wir, das Postulat wegen Erfüllung abzulehnen.

Der Rat lehnt das Postulat mit 72 zu 24 Stimmen ab.